



# BOYKOTTIERT DURBAN 2!



## Fakten und Hintergründe zur Durban-Folgekonferenz der Vereinten Nationen

**Vom 20. bis 25. April findet in Genf die „Durban-Folgekonferenz“ der Vereinten Nationen statt. Wie vor sieben-einhalb Jahren wird auch diesmal die Dämonisierung Israels im Mittelpunkt stehen; zudem soll jegliche Kritik des Islam als „rassistisch“ gebrandmarkt und dadurch unterbunden werden. Kanada, Israel, die USA und Italien haben bereits angekündigt, die Konferenz – bei der autoritär verfasste Staaten wie Libyen und der Iran federführend sind – zu boykottieren. Die Bundesregierung hingegen scheint, wie die Regierungen der meisten anderen EU-Staaten, zu diesem Schritt nicht bereit zu sein.**

Eigentlich waren es noble Ziele, die sich die UN-Weltkonferenz gegen Rassismus im September 2001 gesetzt hatte: Sklaverei und Kolonialismus sollten öffentlich als Verbrechen anerkannt werden, außerdem wollte man Strategien für ein gemeinsames Vorgehen gegen Fremdenfeindlichkeit besprechen. Doch die Tagung in der südafrikanischen Stadt Durban geriet stattdessen zu einer einzigen Anklage gegen Israel. Sowohl auf der Konferenz als auch im gleichzeitig tagenden NGO-Forum, das ebenfalls unter der Schirmherrschaft der Uno stand, waren die arabischen und islamischen Vertreter tonangebend. Und die hatten vor allem ein Interesse: Israel sollte als weltweit schlimmste Ausgeburt des Rassismus verurteilt werden. Uneinigkeit bestand unter ihnen allenfalls in der Frage, wie scharf die Formulierungen ausfallen sollten. Während die einen den jüdischen Staat mit dem südafrikanischen Apartheidsystem verglichen, hielten andere ihn für die Reinkarnation des Nationalsozialismus.

Auf dem Konferenzgelände wurden die „Protokolle der Weisen von Zion“ und „Mein Kampf“ verkauft; antisemitische Karikaturen machten die Runde. Unter den Teilnehmern an den Konferenzen und auf Demonstrationen kursierten Flugblätter, auf denen unter dem Konterfei Adolf Hitlers geschrieben stand: „Was wäre, wenn ich gewonnen hätte?“ Die Antwort wurde gleich mitgeliefert: „Dann gäbe es kein Israel und kein palästinensisches Blutvergießen!“ Immer wieder kam es zu Demonstrationen und Protesten, bei denen „Israel ist Apartheid!“ und „Tod den Juden!“ gerufen wurde. Das jüdische Gemeindezentrum in Durban musste nach Gewaltdrohungen für die Dauer der Konferenz geschlossen werden. Jüdische Teilnehmer berichteten, sie hätten Angst um ihre körperliche Unversehrtheit gehabt.<sup>1</sup>

Als die arabischen Staaten auf der Konferenz schließlich einen bereits angekündigten Resolutionsentwurf einbrachten, in dem Zionismus und Rassismus gleichgesetzt wurden, zogen

Israel und die USA ihre Delegierten zurück und verließen das Treffen unter Protest. Im NGO-Forum scheiterten jüdische Gruppen mit ihrem Antrag, die Leugnung des Holocaust, die Delegitimierung Israels sowie Gewalt gegen Juden, die Israel unterstützen, zu Formen des Antisemitismus zu erklären. Auch sie reisten vorzeitig ab. Die Konferenz der Staaten entschied daraufhin gegen die Stimmen der arabischen Vertreter, das Thema Nahostkonflikt in der Abschlusserklärung weitgehend auszusparen. In der mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution des NGO-Forums wurde Israel jedoch als „rassistischer Apartheidstaat“ bezeichnet, der „systematisch rassistische Verbrechen“ begehe, darunter „Kriegsverbrechen, Völkermord, ethnische Säuberungen und Staatsterrorismus gegen das palästinensische Volk“.

Trotz dieses Desasters beschloss die UN-Vollversammlung vor zweieinhalb Jahren, im April 2009 eine Durban-Folgekonferenz in Genf zu veranstalten. Diese soll prüfen, inwieweit die Erklärung der letzten Konferenz in die Tat umgesetzt wurde, und ein Aktionsprogramm vorschlagen. Mit der Organisation und Durchführung von „Durban II“ wurde der UN-Menschenrechtsrat beauftragt. Dieser Menschenrechtsrat – ein Nebenorgan der Generalversammlung, das keine Sanktionen verhängen, aber Empfehlungen geben kann – löste im Juni 2006 die 60 Jahre zuvor gegründete Menschenrechtskommission der Uno ab, nachdem diese immer stärker in die Kritik geraten war: In ihren Entschlüssen wurden selbst übelste Verbrechen von Mitgliedsstaaten und deren Verbündeten nicht verurteilt. Der seinerzeitige UN-Generalsekretär Kofi Annan wünschte sich schließlich einen Ersatz für die Kommission und kurbelte die Entstehung des Rates mit an.

Der trifft sich seit seiner Gründung ein bisschen häufiger und hat ein paar Mitglieder weniger als sein Vorgänger, ähnelt ihm jedoch stark in puncto Zusammensetzung, Agenda und Prozedere. Offiziell sind die Aufnahmekriterien schärfer; seine Angehörigen sollen in Bezug auf die Menschenrechte für

<sup>1</sup> <http://jungle-world.com/artikel/2008/32/22382.html>

„höchste Standards“ stehen und sich per Zweidrittelmehrheit von ihren schwarzen Schafen trennen können. Doch die Ratsangehörigen tun mehrheitlich vor allem das, was sie bereits im Vorläufermodell getan haben: Sie beschäftigen sich zuvorderst mit Israel, im vergangenen Jahr alleine 120mal und damit doppelt so häufig wie mit jedem anderen Land. Am Ende stehen nicht selten Verurteilungen des jüdischen Staates.<sup>2</sup>

Den Vorsitz des vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzten Vorbereitungskomitees für die „Durban II“-Konferenz hat bezeichnenderweise Libyen inne – ein Land, dessen Regierung die Menschenrechte fortwährend eklatant verletzt und ihren „Gaddafi-Preis“, die höchste staatliche Auszeichnung, auch schon mal einem notorischen Antisemiten und verurteilten Holocaustleugner wie dem Franzosen Roger Garaudy verleiht. Einer der stellvertretenden Vorsitzenden ist darüber hinaus der ständige Vertreter des Iran bei der Uno, Alireza Moaiyeri, ein Repräsentant des Teheraner Mullah-Regimes. Die Sprecherin der amerikanischen NGO „Eye on the UN“, Anne Bayefsky, urteilte deshalb bereits vor einem Jahr: „Mit der Wahl des Iran ins Vorbereitungskomitee werden Rassisten zu UN-Sprechern gegen Rassismus gemacht. Den führenden Exponenten des Antisemitismus wird von den Vereinten Nationen erneut eine globale Plattform gewährt.“<sup>3</sup>

Darüber hinaus strebt der Menschenrechtsrat an, jegliche kritische Diskussion über Religionen und insbesondere über den Islam zu tabuisieren. Diese Bemühungen werden von den Ländern der 57 Staaten umfassenden „Organisation der Islamischen Konferenz“ (OIC) verfolgt, die mit 17 Sitzen ein Drittel der Stimmen im Menschenrechtsrat innehat. Mitgetragen werden sie von meist autoritär regierten Staaten, darunter China, Russland und Kuba – und auch vom päpstlichen Beobachter beim Menschenrechtsrat. Die Dominanz der autoritären Staaten im Rat führte zur Verabschiedung einer Klausel in der Resolution „Mandat des Sonderberichterstatters zur Beförderung und des Schutzes der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit“: Dieser Berichterstatter ist nun gefordert, „über Fälle zu berichten, in denen der Missbrauch der Meinungsfreiheit den Tatbestand der rassistischen oder religiösen Diskriminierung erfüllt“.<sup>4</sup> Die freie Rede soll also durch die Verfolgung ihrer angeblichen Zweckentfremdung geschützt werden, wobei Religionskritik – und hier ist vor allem die Kritik an der Herrschaftspraxis des Islam gemeint – mit Rassismus gleichgesetzt wird. Unter der Ägide der Uno wird so die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in ihr Gegenteil verkehrt: Mit der Einführung des Schutzes von Religionen als Ganzem wurden individuelle Menschenrechte durch das Recht von Gruppen ersetzt, die ihrerseits als Zwangsgemeinschaften in menschenrechtsverletzender Weise Herrschaft ausüben.

Wie das in der Praxis aussieht, musste beispielsweise der britische Historiker David Littman erfahren, als er im Juni 2008 vor dem Menschenrechtsrat Genitalverstümmelungen, Steinigungen und Zwangsverheiratungen in Ländern unter dem islamischen Gesetz der Sharia thematisieren wollte. Noch bevor er überhaupt den ersten Satz seiner Erklärung für die NGO „Association for World Education“ und „International Humanist and Ethical Union“ (IHEU) vortragen konnte, wurde er durch Ordnungsrufe zuerst des pakistanischen und dann des ägyptischen Delegierten unterbrochen. Beide verbatnen sich vehement jede Diskussion der Sharia vor dem UN-Gremium.

Als Littman nach einigem Hin und Her sein Statement fortsetzen konnte, wiederholten sich die Störmanöver praktisch nach jedem seiner Sätze. „Mein Punkt ist, dass der Islam in diesem Rat nicht gekreuzigt werden wird!“, rief der ägyptische Delegierte auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung aus. Der rumänische Ratspräsident Doru Costea forderte schließlich den NGO-Sprecher auf, von jeglicher „Beurteilung oder Bewertung einer bestimmten Religion“ Abstand zu nehmen, und schloss damit jede weitere Thematisierung der Sharia vor dem Menschenrechtsrat aus.<sup>5</sup>

„Es wäre zum Kaputtlachen – wenn es nicht so tragisch wäre“, schrieb der französische Romancier und Essayist Pascal Bruckner im Juni 2008 in einem Essay für das Onlinemagazin *Perlentaucher*.<sup>6</sup> Der Antirassismus sei in der Uno „zur Ideologie der totalitären Bewegungen geworden, die ihn für ihre Zwecke benutzen“. Diktaturen bemächtigten sich „einer demokratischen Sprache“ und instrumentalisierten „juristische Standards, um sie gegen die Demokratien in Stellung zu bringen und sich selbst niemals in Frage zu stellen“. Darüber hinaus etablierte sich eine „neue Inquisition“, so Bruckner, „die den Begriff der ‚Verunglimpfung der Religion‘ hochhält, um jede Regung des Zweifels, besonders in islamischen Ländern, zu unterdrücken“. Bruckner appellierte deshalb: „Angesichts dieses Narrenstücks ist eine klare Haltung Europas gefordert: der Boykott, schlicht und einfach.“ So, wie ihn Kanada und Israel sowie vor einigen Tagen auch die USA und Italien bereits beschlossen haben.

Die Regierungen der meisten EU-Staaten scheinen zu diesem Schritt jedoch nicht bereit zu sein. Und das, obwohl die Europäische Union noch im vergangenen September in einer Erklärung gegenüber dem UN-Menschenrechtsrat gefordert hatte, im Kampf gegen den Rassismus bestimmte Linien nicht zu überschreiten.<sup>7</sup> So dürfe auf der Durban-Folgekonferenz kein Staat in besonderem Maße des Rassismus bezichtigt werden, es dürfe kein Verbot von Religionskritik gefordert werden, und eine Hierarchisierung der Opfer des Rassismus sei ebenfalls unzulässig. Im Entwurf der Uno für die Abschlusserklärung auf der Konferenz in Genf vom Dezember 2008<sup>8</sup> sind jedoch genau diese Bedingungen nicht erfüllt: Als einziger explizit erwähnter Staat wird dort Israel rassistischer Praktiken angeklagt; die angebliche „Verunglimpfung von Religionen“, insbesondere des Islam, wird als besonders verwerfliche Form des Rassismus bezeichnet; die Muslime im Allgemeinen und die Palästinenser im Speziellen werden als besonders vom Rassismus Betroffene aufgeführt.

Wenn die Regierungen der EU-Staaten ihren eigenen Forderungskatalog ernst nehmen, müssen sie der „Durban II“-Konferenz konsequenterweise fern bleiben. Danach sieht es allerdings nicht aus, trotz der Kritik einzelner Regierungen an der Agenda und dem Entwurf für die Abschlusserklärung. Durch ihre Teilnahme jedoch würden sie – unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen – zu Komplizen autoritärer und totalitärer Regimes, die sowohl die Menschenrechte als auch den Kampf gegen den Rassismus instrumentalisieren und pervertieren.

**Initiative Boykottiert Durban 2!, März 2009**

2 <http://debatte.welt.de/kommentare/77499/der+unmensenrechtsrat+gehört+abgeschafft>

3 <http://www.eyeontheun.org/view.asp?l=36&p=347>

4 <http://jungle-world.com/artikel/2008/32/22381.html>

5 <http://jungle-world.com/artikel/2008/32/22381.html>

6 <http://www.perlentaucher.de/artikel/4698.html>

7 <http://blog.unwatch.org/wp-content/uploads/2008/10/france-eu-on-durban-ii.pdf>

8 [http://www.eyeontheun.org/assets/attachments/documents/7457\\_Durban\\_Doc\\_2-27-09.pdf](http://www.eyeontheun.org/assets/attachments/documents/7457_Durban_Doc_2-27-09.pdf)